

Sächsischer Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint: Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486. - Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Angabe 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. - Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufstafel von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolle in Dresden.

Nr. 279

Dresden, Montag, 1. Dezember

1924

Reichsbanner Schwarz-rot-gold.

Seine abweichende Beurteilung durch den Reichskanzler und den Reichsaußenminister.

Zwei Wahlreden des Reichskanzlers.

Düsseldorf, 1. Dezember.

Reichskanzler Marx sprach gestern vormittag in einer von mehreren tausend Personen besuchten Zentrumsversammlung im Apollo-Theater. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß er gleich zu Beginn des Wahlkampfes es als eine vaterländische Notwendigkeit bezeichnet habe, daß die Parteien den Wahlkampf ruhig und sachlich führen, ohne unndtliche Schärfe, daß sie nicht Versprechungen machen und Forderungen aufstellen, die sie nach dem 7. Dezember unmöglich vertreten können. Jeder müsse er heute sagen, daß seine Bitte nicht überall geschrakt habe. Der Kanzler fuhr fort: Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß die Deutsche Nationalen Volkspartei, die vor der Auflösung des Reichstages erklärte, die Außenpolitik der Regierung in Bezug auf das Londoner Abkommen zu unterstützen, im Wahlkampf gegen diese Außenpolitik wieder in einer Schärfe Stellung genommen hat, die in schroffem Gegensatz steht zu der Haltung, die sie während der Verhandlungen über die Abinrichtungsweiterung betradet, und die ganz der schon abtenden Stellung entspricht, die sie in den Monaten April bis August gegenüber den Expertenberichten und dem Dawes-Abkommen einnahm.

Erst vor wenigen Wochen erklärte Graf Westarp in Hamburg, die Deutschenationalen seien einzig in der Beurteilung des Londoner Abkommens. Die deutsche Regierung hat den Post von London unterzeichnet, das Parlament hat ihm zugestimmt, da wir nur so die Bezeichnung der besetzten Gebiete herbeiführen konnten, da wir nur so den allgemeinen Ruin aufhalten konnten, und nur auf diesem Wege hoffen konnten, eine Wiederaufrichtung Deutschlands ermöglichen zu können. Der Reichskanzler legte eingehend die günstigen Auswirkungen des Dawesabkommens in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht an Rhein und Ruhr dar und fuhr dann fort:

Das alles sind Tatsachen, die auch Graf Westarp und seine Freunde nicht leugnen können. Wie unter den bisherigen Bedingungen die Ruhrwirtschaft hätte weiter existieren können, darüber hat noch keiner der Reinsinger vom 29. August eine befriedigende Antwort geben können. Es wäre töricht, das Gerüchte etwa nun überhören zu wollen und anzunehmen, daß alles in bester Ordnung ist. Dessen sind wir leider recht weit entfernt. Aber wir stehen doch heute nicht mehr vor einem Chaos. Wir haben doch wieder Möglichkeiten einer Besserung und eines Aufstieges, haben doch wieder Zukunftshoffnungen. In dem Maße, wie eine nuchterne, sachliche Beurteilung unserer gesamten Verhältnisse es erwarten konnte, beginnt sich überall eine langsame Wendung zum Besseren ersichtlich durchzuweisen.

Aber den Völkerverbund sagte der Reichskanzler: Ich bin ein grundsätzlicher Freund des Völkerverbundes, und wenn irgendwo die Möglichkeit dazu vorhanden ist, dann werden wir versuchen, dem Völkerverbund beizutreten. Wir müssen uns den Schritt allerdings sehr wohl überlegen, weil er große Verbindlichkeiten mit sich bringen würde, und wir werden den Schritt erst tun, wenn er zum Wohle des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes beitragen kann.

Man hat uns vorgeworfen, daß wir bei den Verhandlungen in London schwächlich waren und andere Wege hätten einschlagen müssen, aber man ist und die Aufklärung schuldig geblieben. Das Dawesabkommen - darüber müssen wir uns klar sein - ist das Fundament, auf dem es gilt, Deutschland wieder aufzubauen.

den Verpflichtungen, die wir nach dem verlorenen Kriege nun einmal übernommen haben, nach Möglichkeit nachzukommen und so auch zur politischen Freiheit unseres Volkes und Landes zu gelangen. Dazu brauchen wir aber einen arbeitstüchtigen Reichstag.

Reines Erachten muß nun am 7. Dezember ein Reichstag zustande kommen, der tatsächlich arbeitstüchtig und arbeitswillig ist. Der Reichskanzler betonte den Zwiespalt über die Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold und sagte:

Wir hätten die Farben Schwarz-Weiß-Rot in Ehren, aber jetzt haben wir nun einmal Schwarz-Rot-Gold, und wir müssen uns dagegen bewahren, daß ein Deutscher die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold heruntermacht. Es sei jetzt dringendes Gebot, an der Verfassung, wie sie in Weimar beschloffen wurde, festzuhalten. Der Reichskanzler wandte sich dann gegen die Hege gegen den Reichspräsidenten, die ungleiche Persönlichkeit, die verfassungsmäßig das Staatsoberhaupt ist. Man habe ihm, dem Reichskanzler, verübelt, daß er sich schüßend vor die Person des Reichspräsidenten gestellt habe. Er hätte es aber nicht nur für sein gutes Recht, sondern auch für seine Pflicht, dies zu tun, denn der Reichspräsident stehe nicht nur über den Parteien, sondern auch außerhalb des politischen Kampfes und sei nicht in der Lage, sich so zu verteidigen, wie es den Angriffen gegenüber erforderlich wäre.

Bezüglich der Aufwertungsfrage erklärte der Reichskanzler, daß diese mit der Stabilisierung zusammenhänge. Es solle unser Bestreben sein, nicht wieder in eine neue Inflation hineinzugeraten, aus der es keine Rettung mehr geben würde. Es würde alles gelingen, um den Gläubigern zu ihrem Recht zu verhelfen, aber man dürfe nicht Unbilliges verlangen. Unter allen Umständen müßte an der Stabilität

unserer Währung festgehalten werden. Der Reichskanzler bezeichnete dann die Politik der Mitte als die einzig mögliche, die allein geeignet sei, den verschiedenen Forderungen von rechts und links in gerechtem Ausgleich zu entsprechen.

Am 7. Dezember habe jedermann die heilige Pflicht, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer aus Züchtigkeit oder Interesslosigkeit der Wahl fernbleibe, schädige Volk und Vaterland.

Die Ausführungen des Reichskanzlers fanden lebhaften Beifall; besondere Ovationen wurden ihm bei seinen Erklärungen über den Reichspräsidenten dargbracht. Mit einem Hoch auf den Reichskanzler und das Deutsche Reich schloß die Versammlung.

Essen, 30. November.

Am Samstag sprach Reichskanzler Marx im Sächsischen Saalbau in Essen. Der große Saal war überfüllt. Viele fanden seinen Vortrag mehr, doch wurde auch diesen die Rede des Kanzlers durch Aussprecher vermittelt, die in den Gängen und Nebenträumen aufgestellt waren.

In seiner Rede sagte der Kanzler u. a.: Ich verlange nicht für die Regierung und noch weniger für mich eine gute Kritik. Ich weiß, daß wir in London wenig erreicht haben im Gegensatz zu dem, was wir erreichen wollten. Ich verlange aber eine gerechte Kritik, und die muß und zugelassen, daß wir nicht mit leeren Händen aus London zurückgekommen sind. Deshalb will man denn nicht wahr haben, daß wir in London wenigstens einen Anfang zum Besseren gemacht haben? Etwas weil die Delegierten, die in London, im Auftrag des Reichspräsidenten, die Verhandlungen führten, den Mittelparteien angehörten, denen die sogenannte nationale Opposition den Kampf angelegt hat?

Das Dawesabkommen, darüber müssen wir uns klar sein, ist das Fundament, auf dem es gilt, die deutsche Wirtschaft

wieder aufzubauen, um den Verpflichungen, die wir nach dem verlorenen Kriege nun einmal übernommen haben, nach Möglichkeit nachzukommen und so auch zur großen politischen Freiheit unseres Volkes und Landes zu gelangen. Das geht nicht von heute auf morgen, dazu brauchen wir Zeit, dazu brauchen wir aber auch einen arbeitstüchtigen Reichstag, dessen große Parteien ihre besten Kräfte nicht in unruhigbarer Opposition erschöpfen oder paßlos beiseite rufen.

Wenn Herr Hergt kürzlich in Breslau gesagt hat „innerpolitisch opponierten wir, aber außenpolitisch wollten wir Helfer der deutschen Regierung sein“ so ist diese Art von außenpolitischer Hilfe, wie die Deutschenationalen sie in den Monaten April bis August geleistet haben, doch mehr als eigenartig. Die Haltung der sogenannten nationalen Opposition hat unsere Stellung auf der Londoner Konferenz keineswegs erleichtert. Wörtlich sagte der Kanzler:

„Arbeitsfähig nenne ich nur einen Reichstag, dessen große Mehrheit fest entschlossen ist, den bisher in der Außenpolitik verfolgten Weg weiterzugehen. Eine Abkehr von diesem Wege mache ich nicht mit. Die klare Linie unserer Außenpolitik darf keinesfalls verwischt werden. Ich habe die Hoffnung, daß das deutsche Volk am 7. Dezember in dem gleichen Sinne entscheidet wird, und wenn alsdann die Frage der Regierungserweiterung von neuem an uns herantritt, so ist entscheidend für die Lösung in erster Linie die sachliche Stellungnahme der Parteien zu der bisher befolgten und bewährten Außenpolitik.“

Den Grafen Westarp, der in Hamburg bestritt, dem Zentrum eine gemeinsame Politik mit den Deutsch-Völkischen zugewendet zu haben, verweist der Reichskanzler auf Nr. 616 der „Reichszeitung“ vom 1. November. Dort habe Graf Westarp selbst angedeutet, daß in dem aufgelösten Reichstag ein Rechtsblock von den Deutschvölkischen bis zum Zentrum eine Mehrheit von vierzig Stimmen gehabt hätte, und schließlich, daß in dieser Mehrheit die völkische Rechte genau über die Hälfte der Stimmen verfügt hätte. Graf Westarp habe in dem gleichen Artikel noch ein weiteres interessantes Bekenntnis abgelegt. Man werde sich, so meinte er, damit abzufinden haben, daß, wenn die Deutschenationalen in eine Koalition eintreten, ihre Minister den völkischen nationalen Politik treiben. Ich für meine Person, erklärte der Kanzler, lehne es grundsätzlich ab, im Kabinett Parteipolitik zu treiben, und ich glaube, Graf Westarp dürfte schließlich eine Koalition haben, in der es deutschenationalen Ministern gestattet ist, deutschenationalen Politik zu betreiben.

Die Rede wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Reichskanzler wurde förmlich beglückt.

Stresemanns Berliner Rede.

Berlin, 1. Dezember.

In einer Rede im Großen Schauspielhaus, in der Reichsaußenminister Dr. Stresemann für die Deutsche Volkspartei zu sprechen hatte, wurde, nach einleitenden Worten allgemeiner Natur, auch die Frage des Austritts der Sozialdemokraten aus der Koalition behandelt. Hierzu wußte Herr Dr. Stresemann folgendes zu sagen: Die Sozialdemokraten behaupten, sie seien aus der Koalition herausgegangen, weil ich befohlen hätte, gegen die Kommunisten vorzugehen. Ein Staat, der seine Autorität nicht durchsetzen kann, ist nicht wert, daß er besteht. Wir haben in der Koalition mehr geteilt, als die Sozialdemokraten und als die Parteien, die, aus Angst vor Strafe, nach links gerückt sind. Wir haben bei den Wahlen ein Drittel unserer Mandate verloren. Das

Der Abschluß der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

Kompromiß in der Frage der 26proz. Abgabe.

London, 1. Dezember.

Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation über den deutsch-englischen Handelsvertrag sind nach einer „Times“-Mitteilung vom Sonnabend zu Ende geführt worden. Der Wortlaut des Vertrages ist auf einer Grundlage vereinbart worden, wonach Deutschland nicht nur Weißbegründung gewährt, sondern auch gewisse Garantien gegen eine unterschiedliche Behandlung und gegen Einfuhrbeschränkungen gebe. Die britische Regierung übernehme es dagegen, dem Parlament sobald wie möglich eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Deutschland auferlegten Beschränkungen beseitigt, sobald keinerlei unterschiedliche Behandlung gegenüber Deutschen und anderen Ausländern stattfindet.

Den „Times“ zufolge bleibt die Frage der 26prozentigen Abgabe weiterhin offen. Eine Formel sei jedoch gefunden und in Berlin vorgelegt worden, die es der deutschen Regierung gestattet werde, den Vertrag zu unterzeichnen und ihn dem Reichstag zur Ratifikation zu unterbreiten, aber die Abgabefrage einer späteren Regelung zu überlassen. Die britische Regierung habe in dieser Hinsicht ihre Genehmigung gegeben, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Handelsverkehr zu erleichtern. Sie müsse es jedoch ablehnen, einen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der dem Grundgedanken der Abgabe selbst oder den Bestimmungen des Dawesberichtes zuwiderläuft.

Heuler erzählt, daß nur noch ein Punkt in den deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen nicht geregelt ist. Man hofft, daß eine Vereinbarung darüber zustande kommt und daß das Dokument Anfang dieser Woche unterzeichnet werden kann. Ein Kompromiß über die 26prozentige Abgabe wird jetzt erwogen.

Die interalliierte Finanzministerkonferenz.

London, 1. Dezember.

Wie die „Times“ melden, wird die Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris über die Verteilung der Einkünfte der Ruhrbesetzung und über die Anwendung des Dawesberichtes in diesem Jahre nicht mehr stattfinden, sondern sie ist bis Ende der ersten Januarwoche verschoben worden, um den Sachverständigen mehr Zeit zu geben, einen einheitlichen Bericht vorzubereiten. Wie bereits gemeldet, wird nicht erwartet, daß Churchill bei dieser Konferenz auf eine sofortige Erörterung der Frage der interalliierten Schulden dringen werde.

Es scheint jetzt angenommen zu werden, daß die französische Regierung selbst in der Frage der französischen Schulden an die amerikanische Regierung herantrete, um bessere Zahlungsbedingungen als die Großbritannien im Jahre 1922 gewährten für sich zu erhalten. Die Franzosen wünschten nicht nur eine Verminderung der Zinsen, sondern auch Zugeständnisse hinsichtlich der Rückzahlung des Kapitals.

war besser, als wenn wir eine falsche Politik gemacht hätten. Heute sieht das Volk, daß unsere Politik richtig war, möge es also die Mandate wieder holen, auch hier in Berlin. (Beifall).

Der Kernpunkt der inneren Politik ist die Festigung der deutschen Währung. Wir sind aus dem Papiermarktschwindel herausgekommen. Guter Dinge werden auch diese vaterländische Frage zu einer Parteifrage werden. Entscheidend war nicht die Idee der Rentenmark, sondern die Frage, ob sie sich halten lassen würde. Durch die Festsetzung der Arbeitszeit, den Beamtenabbau, die Steuerpolitik haben wir die neue Währung gehalten. Wir gewonnen das Vertrauen wieder, daß wir unsere Währung in Ordnung halten, anstatt unser Defizit durch Notenruck zu decken. In der Aufwertungsfrage können wir utopische Hoffnungen nicht befriedigen, aber im Rahmen dessen, was der Staat, nach Bereinigung des finanziellen Gleichgewichts, an Überschüssen oder durch neue Steuerquellen erzielt, müssen wir ausweichen. Wohlwollig ist wenigstens der Besitztitel wiedergegeben worden, die Möglichkeit, wieder am Gedeihen des Reiches teilzunehmen.

Es gehen Gerüchte, als wolle die Regierung das Berufsbeamtentum durch neue Anstellungsverhältnisse ersetzen. Wir wissen davon nichts, und unsere Partei will einmütig das Berufsbeamtentum, als festes Fundament des Staates, erhalten wissen. Man weist uns Bankrotmütigkeit vor, aber Grundregeln kann in wirtschaftlichen Dingen nur bestehen, solange die Voraussetzungen dafür bestehen. Fürs Amtswort war ich für Freihandel, dann für Schutzzölle, weil er als Staatsmann den Freihandel unter veränderten Verhältnissen als unmöglich erkannte. Die wirtschaftlichen Dinge wechseln; ich bleibe, wo auf allem Standpunkt bleibt.

Das Reichsbanner trägt die Reichsfarben in den Streifen der Parteien. Gewiß habe ich als Mitglied die Farbenorden schwarzrotgold mit Stolz getragen, aber meine Reichsfarben bedeuten etwas ganz anderes als das Schwarz-Rot-Gold des Reichsbanners. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.) Gewiß waren dies auch die Farben der Schwarzjäger, wenn nur auch der Geist der Schwarzjäger im Reichsbanner wäre. Schwarz und Rot hätten sich wohl nicht einen Professor aus Paris verschrieben, um Vorträge zu halten. (Stürmischer Beifall.) Die alten schwarzrotgoldenen Demokraten haben Gelder gesammelt für eine deutsche Flotte, aber das Reichsbanner greift jetzt an, was damals der Sinn dieser Flotte war. Die Liebe zum alten Deutschland lassen wir uns von niemand verbieten. (Stürmischer Beifall.) Ich verachte nicht das neue Deutschland, aber wie brauchen die Brücke vom alten zum neuen Deutschland. Wir gehen das alte und arbeiten am neuen, das ist unsere Aufgabe als Deutsche Volkspartei.

Die Deutschnationalen habe ich zum Eintritt in die Regierung nicht deshalb aufgefordert, weil ich in ihnen die Vaterpartei

sehe, mit der allein man Politik machen kann, sondern, um ihnen Gelegenheit zu geben, um den Himmel zu zeigen, den sie dem Volke immer versprechen. Schließlich hielt Dr. Stresemann, dem Demokraten noch gegenüber, mit scharfer Betonung seine Behauptung aufrecht, daß die demokratischen Minister Hamm und Weiler im Kabinett für die Heranziehung der Deutschnationalen zur Regierung gewesen seien.

Er schloß mit der Festlegung auf ein machtvolles Deutschland der Zukunft, auf das wir ein Recht haben nach unseren Leistungen in der Geschichte. (Stürmischer Beifall.)

Das bayerische Konkordat. Protektionsgebühren der Lehrerschaft.

München, 30. November.
Die Erregung der bayerischen Lehrerschaft über den Inhalt des Konkordats, das den Grund der Reichsverfassung und die Revision aller dessen Bestimmungen, was in jahrzehntelangen Kampf, von dem fortgeschrittenen Teil des Volkes auf dem Gebiet der Befreiung der Schule von fremden Einflüssen erreicht wurde, in ungeheurer Höhe steht mit aller Deutlichkeit auf einer solchen festgesetzten Protektionsgebühren der Bayerischen Lehrervereins hervor, in der es u. a. heißt:

Mit diesem Konkordat überantwortet der bayerische Staat seine Schule, das höchste Kulturgut des Volkes, das zu schützen und zu hüten seine vornehmste Pflicht ist, unbedenklich dem Einfluß ausländischer Mächte. Das Konfliktrecht über Unterricht und Lehrpersonal überläßt der Staat nun vollständig den Religionsgesellschaften. So wird aus der Staatschule die Kirchengemeinschaft der bayerischen Volksschule. Ein Reichsgesetz ist für Bayern nun nicht mehr nötig. Das Konkordat nimmt alle dort festgelegten Bestimmungen hinweg. Der Staat gibt seine Zustimmung zu einer völligen Zerstückelung und Zersplitterung der Volksschule. Nicht die Leistungsfähigkeit ist für die Organisation der Schule, sondern allein konfessionelle Wünsche und Bestrebungen werden entscheidend. Nicht minder verhängnisvoll sind die Bestimmungen, welche die finanzielle Stellung des Lehrpersonals gegenüber der Kirche betreffen. Nicht mehr der Staat, sondern die Kirche wird das entscheidende Wort zu sprechen haben über Anstellung und Abberufung der Lehrer. Damit ist die geistliche Schulaufsicht neu geschaffen, und in gefährlicher Form als sie es je zuvor war. Denn jener, der die Rechte vom Staat seinen Auftrag, nun aber von der Kirche. Was ungeheure moralische Verwilderung aber eine dummer Gewinnstreberlei im Lehrerstand verursacht und welche Wirkung dies auf die Erziehungsarbeit ausüben muß, wird dabei völlig außer acht gelassen.

Da in der amtlichen Begründung zu Artikel 5 § 1 des Konkordats festgelegt ist, daß der Lehrer an der Volksschule auf die Ausübung seiner berufsmäßigen garantierten Basisbürgerlichen Rechte und Pflichten verzichten muß, so wird damit der Lehrer zum Staatsbürger zweiter Klasse gestempelt, um ein williges Werkzeug der Kirche zu sein.

Zusammenfassend muß als Tatsache festgestellt werden: Der bayerische Staat hat durch seine Zustimmung zum Konkordat und zu den Veränderungen mit der evangelischen Kirche auf seine Schulhoheit verzichtet. Der Staatsgedanke verliert im Kampfe gegen die Machtansprüche der Hierarchie die schwerste Niederlage. Der Staat erhält die Kirche nicht nur finanziell, er dringt ihr auch noch alle seine Rechte auf die Volksschule zum Opfer.

Der Kampf um diese kirchlichen Verträge des bayerischen Staates beginnt im Landtag am 8. Dezember. Jetzt wird es sich darum handeln, die Frage zu prüfen, ob die Verträge eine Verbesserung darstellen. Denn in diesem Falle wäre für ihre Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, die aber — das kann heute schon mit Sicherheit gesagt werden — niemals zustande käme. Es ist also vorauszusetzen, daß die Woche nach der Reichstagswahl für die bayerische Regierung sehr kritisch werden wird.

Um die Erhöhung der Erwerbslojenunterstützung.

Berlin, 1. Dezember.
Am Freitag nahm der Verwaltungsrat der Reichsbeschäftigten zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung Stellung. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Reichsverbänden sind, wie wir erfahren, noch nicht abgeschlossen. Vorge schlagen ist eine Erhöhung von rund 15 Proz. der gegenwärtig geltenden Höhe. Die Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat traten für eine stärkere Erhöhung der Unterstützungssätze ein, wobei besonderes Gewicht darauf gelegt wurde, daß die Erhöhung bereits am 1. Dezember ab eintreten würde.

Zunächst wurde auch die große Differenzierung zwischen den drei Wirtschaftskategorien, insbesondere wurde eine größere Annäherung, am besten völlige Gleichstellung der Kategorie I und II verlangt. Es ist zu erwarten, daß die neuen Unterstützungssätze in der ersten Dezemberwoche veröffentlicht werden. Die Entscheidung liegt beim Reichsrat, dessen Zustimmung nach der Vereinbarung erst erfolgen muß.

Der Freiburger Kommunistenprozess.

Freiburg, 1. Dezember.
Am Sonntag nahm, nach dreitägiger Pause, während der zwei Einzelverfahren eingelesen wurden, der Süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zum Schluß der Republik seine Hauptverhandlung wieder auf. Von dem den Angeklagten zustehenden Recht, ein Schlusswort zu sprechen, machten nur wenige Gebrauch. Der Angeklagte Hermann Herber betonte nochmals, wie ein Gewehr gezogen zu haben. Er wolle in Härte auf eine lebenslange Freiheitsstrafe zur vollstän digen Arbeitslosigkeit zurücktreten. Wenn er das hinter Gefängnis- oder Justizhausmauern tun würde, so werde er das als ein Schicksal ertragen und ausdauern im Vertrauen auf den Sieg des Proletariats im Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Der Angeklagte Steiner erklärte, darauf verzichten zu wollen, nochmals auf die Unrichtigkeiten der Anklage einzugehen. Er habe nur seine Pflicht als Kommunist getan.

Der Angeklagte Herber möchte ausdrücklich wissen, daß er sich die Wahrheit gesagt habe. An der Freiburger Universität habe in großen Leitern der Spruch: „Die Wahrheit wird Euch frei machen!“ — Der Angeklagte Journalist Kummel drückte sein Bestreben über die Inkonsequenz der Anklage aus. Es sei ausdrücklich erklärt worden, daß keinem Angeklagten die ehrenhafte Zeinennung zu zusprechen sei. Trotzdem habe man Justizhausstrafen beantragt. Willst du nun, sagte Kummel, die bürgerliche Gesellschaftsordnung, die ja der Staatsgerichtshof vertritt, einem Justizhändler in Willkür noch ehrenhafte Zeinennung zu? — Verschiedene Angeklagte blieben dann noch, unter Hinweis auf ihre der Winternot ausgesetzte Familie und ihre bisherige Straflosigkeit, um Strafausschub bei Wohlwählern.

Die Verhandlungen werden um 12 Uhr abgeschlossen. Die Urteilsverkündung erfolgt heute.

Ein deutscher Einwohnerbrief. Ein angebliches Memorandum Herrtots gegen die Reichswehr.

Berlin, 30. November.
Die „Berliner Morgenpost“ veröffentlicht ein angebliches Memorandum Herrtots, das dieser am 8. November seinen Verbündeten übermittelt haben soll. Darin sind verschiedene Forderungen über die Umstellung der Reichswehr enthalten.

In diesem angeblichen Memorandum heißt es: „Ich stehend auf dem Grundsatz eines Generalstabes, eines Generalstabs, das von General Hoch befehligt worden ist, schlägt die französische Regierung den Regierungen der alliierten Länder vor, von der deutschen Regierung die Vernichtung der Anteile des Chefs der Heeresleitung und der Kommandeure der Gruppenkommandos I und II zu fordern und ohne eine Generalreorganisation der Wehrkreise durchzuführen, die dem Kriegsmünster zu unterstellen. ... Eine derartige Reorganisation des deutschen Militärsystems wird das Gefährliche seiner gegenwärtigen Organisation vernichten und gleichzeitig die Kampffähigkeit der Reichswehr für die Ziele erhalten, die durch den Versailles Vertrag vorgegeben sind.“

Von anderer Seite war bereits vor kurzem einmal von einem solchen Memorandum die Rede, aber mit dem Hinweis, daß eine Nachprüfung die Falschheit erwiesen habe. Eine Nachmeldung hatte gleichfalls die Existenz eines solchen Memorandums abgelehnt.

Paris, 30. November.
Das von der „Berliner Morgenpost“ veröffentlichte angebliche „Memorandum“ Herrtots über die Reorganisation der Reichswehr wird von der hiesigen zuständigen Stelle als eine glatte Fälschung bezeichnet.

Von einer der unmittelbaren Umgebung des Ministerpräsidenten Herrtots angehörenden Persönlichkeit wird dem Pariser Vertreter des „Soy. Pressebüro“ erklärt, daß Herrtots bereits unmittelbar nach der Aulandigung des apokryphen Dokuments mitteilte, daß die ganze Geschichte vom ersten bis zum letzten Buchstaben erfunden ist und dieses Dokument weder von Herrtots noch von irgendeinem anderen Mitglied des französischen Kabinetts oder einem Beamten der Regierung stammt.

Man hat hier den Eindruck, daß die Rechte in Deutschland damit das Mandat wiederholen wollte, dessen sich die englischen Konserverativen bedient haben, als sie Herrtots die Absicht zuschrieben,

„Die Wette“. Erfahrung im Republikanischen Schauspielhaus.

Carl Glöckner, der geschickte Fabrikant des vielbesprochenen Repertoiretheaters „Am Teich“, verfiel über einen munteren und witzigen Dialog, der es ihm ermöglicht, mit einer Lustspielbegeisterung, ohne das Publikum zu langweilen. Im vorliegenden Fall handelt es sich um den nicht mehr ganz neuen Gedanken, daß die Liebe zwischen den beiden Geschlechtern im Grunde etwas sehr Problematisches ist, das keine allzu schwere Belastung verträgt. Der Frauenseelenarzt und Herzensbrecher Doktor Abel, der in Glöckners Lustspiel mit der hübschen Frau Cella, der schönen Gattin des allzu fischen Herrn Julian, die Wette abschließt, er werde sie innerhalb vierundzwanzig Stunden zu Fall bringen, sagt einmal im Verlaufe des Stückes: „Selbst das größte gegenseitige Vertrauen steht auf Füßen von Wachs; man darf es also nicht der Hitze aussetzen.“ Und gewinnt die Wette glänzend. Mindestens ist die Möglichkeit dazu gegeben; denn in dem Augenblick, wo die frohe Cella, angewidert durch das Kränzen und die plötzlich sich offenbarende Bandaid des Gatten, dem Sieger in die Arme fällt, erscheint der in der Idee schon Vorgesetzte, und Doktor Abel, dem es nur darauf ankommt, seine Wette zu gewinnen, wandelt sich aus dem Sieger unglücklich in den Samstier, der bei einem Ohnmachtsanfall aufsteht; kommandiert mit unglücklicher Stirn den wuschelnden Gatten zum Disziplinieren. Über diesen Witz des Triumphes einer unglücklichen Ehephilosophie lacht sich der Vorhang.

Die Kleinigkeit wird im Republikanischen Schauspielhaus unter Dr. von Wilds Regie sehr unterhaltsam gespielt. Es erregt sich der an dieser Stelle folgende Fall, daß jeder einzeln der Mitwirkenden an seinem Plaze steht und fast durchweg fauchende dastellende Arbeit geleistet wird. Gutta Verlen gibt die Waise, überflüssige Frau

Cella; mit sicherem, auf das Ganze des Charakters ansehendem Takt in den Augenblicken der Gefühlsschwankung und doch glaubhaft im Zusammenbruch des Stolzes. Als ihr Partner Doktor Abel schreit Johannes Steiner siegreich über Reichen von Geshwären: ein Triumphtor wider Willen, der endlich „sein“ Recht haben will“ und doch von jedem Erholungsanstrengung mit einer Sammlung erbeuteter Frauenfalsch zurückkehrt. Drollig, wie Kanneliese Würz als kleine, charmante Frau Polly, die ganz ungeschuldigerweise an den lehrerlichen Gesichtsausdruck und Regisseurischen Anordnungen (Richard Wendt) verknüpft ist, unter Abzels Siegesstich dahinschleicht und sich über das waghalsige Wetteabsetzen der Freundin wie über ein Sakileg erhebt. Den überflüssigen, geblümmerten Julian macht Hans Raabe ganz geschickt; bis auf die etwas unheimliche Wandlung vom Eifersüchtigen zum Überdramen im letzten Akt. Karl Koch als geplagter Leporello des vielbesprochenen Frauenseelenarztes und Hedwig Ludwig als dienlichste Kammerzofe, die ihre Herrschaft, aus ihrer Praxis in anderen Häusern, mit Kaschalen betreibt. Purrpfeiler Ruchtenz; wozu verzieht, geben realistische Domschickentypen. Dem Publikum machte die Angelegenheit schließlich Spaß.

Weihnachtsmärchen im Residenztheater.

Am Sonntagabend nachmittags brachten im Residenztheater die ersten Weihnachtsmärchen; und zum ersten Male leisteten das die Weihnachtsmärchen. Wenn und auch noch das rechte Scherzwecker und damit die Weihnachtsstimmung fehlt, so sieht sie doch in unsre Herzen ein, sobald wir am Schluß des höchsten Märchenmittags die lieben alten Weihnachtslieder hören, sobald „Som Himmel hoch, da komm ich her“ verklungen ist. „Im Himmel und auf Erden“ heißt das Märchen. Karl Koch, Hans Raabe, Bruno Brenner, Hedwig Ludwig, die drei, die es in einem alten Werk, das einer Neubearbeitung unterzogen wurde. Im ersten Bild

sehen wir den Himmel offen, all die lieben kleinen Englein liegen mit ihren goldenen Flügeln im Bettchen und schlafen. Nun kommen die größeren Engel und wecken sie auf. Da gibt's erst mal eine drollige Aufregung. Auch das widerspenstige Windmännchen und das Regenmännchen werden mit heraufgeholt. Ingesteigert kommt Rupprecht und läßt durch die liebe Sonne auch den wunderschönen Weihnachtsengel nach werden. In diesem sieht er nun etwas. Das fürwichtige Regenmännchen und der Windengel (Blasius) möchten gar zu gern mit, aber Rupprecht kommt sie auf einmal unten auf der Strohmatte an, wo drei Meister Regenlein gerade bei der Arbeit sind, die Welt mit Regenlein zu versehen, die sie den Wohlblumen entnehmen. Ein reizender Wohlbekanntes, in den sich Drehpfeiler und Wasserrose mischen, schließt dieses Bild ab. Nun kommen die beiden himmlischen Glücklinge in ein Troler Dorf zur Zeit des Troler Ausfluges. Die Männer müssen in den Krieg. Da gibt es zu helfen und Gutes zu tun, denn Rupprecht hat dem Regenmännchen und dem Windengel gesagt, daß sie nur in den Himmel zurück dürfen, wenn sie auf Erden durch gute Taten ihren Ungehorsam gesühnt haben. Zunächst Josephine bei der Arbeit, dann geleiten sie das Mädchen ins Gefahrenreich des Kampfes, es gibt, einen armen Frau und ihrem kranken Kindlein Rettung zu bringen. Das Mädchen wagt sich sogar bis aufs Schlachtfeld, als sie hört, daß Verwandte zu leben sind. Regenmännchen geht mit, während Blasius den Feind aufzuhalten und die arme Frau mit dem Kindlein in Sicherheit zu bringen hat. Das Mädchen wird verwundet und in eine Hütte getragen. Zur Wundheilung für ihre mutige Tat erscheint Rupprecht. Er kurbelt ihr ein großes Spielzeugballen vor. Da sieht man Puppen in jeder Form und in jedem Ausmaße, von den kleinsten, die kaum gehen

können, bis zu den größten im Bajazzoformat. Und alle laufen niedliche Kinderweien. Am Schluß aber kommen die Wächselmännlein aus dem Erzgebirge und bauen ein eckiges, erregungswildes Dorf auf, das Entzünden unserer Kinderwelt, und der vordem so reizend tanzende Kinderchor singt allerlei Volks- und Kinderlieder, vom „Brünnen vor dem Tore“ bis zu den „goldnen Schäflein“. Das war der Höhepunkt des Jubels, und hier mußten Witt, Brenner, Spielführer Karl und vor allem der tüchtige Balletmeister Waffert erscheinen und Dinge von Dank entgegennehmen. Im letzten Bild sehen wir das Heidenmädchen (fast genau) wieder dahinter. Der Vater ist bereits zurück und auch von den übrigen kommt die frohe Kunde, daß am Weihnachtsabend alle beisammen sein werden. Nun läßt die liebe Mutter den Christbaum. Bald erscheinen die Wesen, da tut sich der Himmel auf, der Weihnachtsengel steigt hernieder und nimmt nun auch die erkrankten Wind- und Regenengel wieder mit zurück. Eine große Menge der Residenztheaterkünstler half zum Gelingen des Festes mit: Karl Suckfall (Rupprecht), Zanda (Großmutter), Willy Karl (Polizei-direktor), Hans Hoss (Witt), Huber-Draum, (Großmutter), Frau Rattner (Wachmannin), Jul. Kuback (Josephine), Adi Schubert (Christengel), besonders reich und niedlich (Charlotte Schaeberich (Regenmännlein), Grete Eckart (Blasius) und viele andere mehr. Dennoch merkwürdige Kunst leidet Kapellmeister Richard Karp. Der Jubel am Schluß wollte kein Ende nehmen, und obgleich die Stunde sehr weit vorgezeichnet war, trennten sich die Köpfe doch schwer von der Welt des schönen Scheins. —

Vierte Morgenfeier: Richard Wagner. Ein Programm, das ostentativ nach immerwährender Liebe. Geschickliches, fast Unbekanntes wurde aufgegeben. Eine Selbstkritik und selbstkritische die „Eben Gefänge zu Goethes Faust“, von denen vier Adolf Schoepflin drei mit dem-mephisto-



Wir führen Wissen.

er habe mit der Anerkennung der Sowjetregierung zugunsten der Arbeiterpartei in den englischen Wahlen eingetreten wollen. Wenn man in den hiesigen politischen Kreisen in dem deutschnationalen Wandel ein erstrebliches Zeichen dafür sieht, wie schlecht es um die Wahlsituation der Rechte in Deutschland bestellt sein muß, so ist man andererseits an der zünftigen Stelle doch darüber erstaunt, daß man sich zu diesem Zwecke ausgerechnet der französischen Regierung zu bedienen versucht. Ein offizielles neues Dementi des apokryphen Nachweises wird erfolgen, sobald Herriot von der Reise, die er gestern nachmittags angetreten hat, zurückgekehrt sein wird.

General v. Rathjusus will nicht das deutschnationale Paraderpferd sein.

Paris, 30. November. Der deutsche Botschafter v. Hoesch, der gestern nachmittags von Herriot empfangen worden ist, hat diesem die Mitteilung gemacht, daß die deutsche Regierung unter ausdrücklicher Wahrung ihres Standpunktes hinsichtlich der Befreiung und der Vernehmung des Generals Rathjusus die große Genugtuung von dessen Begnadigung zur Kenntnis genommen habe und wünschig, demnach aus freier Entschiedenheit einen Gnadenakt zugunsten eines in Deutschland verhafteten französischen Staatsangehörigen auszuüben.

Der von dem deutschen Botschafter unternommene Schritt wird in den hiesigen politischen Kreisen mit ausgesprochenem Genugtuung registriert. Man erblickt darin eine unzweideutige Desavouierung der von deutschnationaler Seite injizierten Gerede. Der „Posten“ dürfte der in den Regierungskreisen herrschenden Auffassung Ausdruck geben, wenn er schreibt:

„Der deutsche Schritt bedeutet zwar nicht, daß die Reichsregierung nunmehr das Urteil des Völkerkriegsgerichts anerkennt und darauf verzichtet, die Äußerung Rathjus vor den Obersten Kriegsgerichtshof in Leipzig zu bringen. Aber er zeigt, daß man in Berlin in den Bemühungen Frankreichs eine befriedigende Beilegung des Zwischenfalls sieht und bereit ist, der französischen Regierung auf diesem Wege zu folgen. Die deutsche Regierung ist damit in sehr entscheidender Weise von der von der Rechtspresse eingeleiteten Agitation abgerückt.“

Das Blatt stellt im Zusammenhang damit fest, daß die Darstellung der deutschnationalen Blätter, wonach Herr von Rathjusus durch seinen Verteidiger gegen seine Begnadigung habe protestieren lassen, von Anfang bis zu Ende erfunden ist. Die Beilegung des Generals, in einer deutschnationalen Verfassung „Weg in Kassel zu sprechen, hat einen ausgeprägten Eindruck gemacht.“

In Wirklichkeit handelt es sich weniger um eine Weigerung des Generals Rathjusus als vielmehr um die Klarstellung eines deutschnationalen Wahnsinns durch ihn. Er war als der Nationalheld der Deutschnationalen für die Zeit des Wahlkampfes aufgetaucht, und wenn es nach dem Wunsch der schwarz-weiß-roten Parteien gegangen wäre, hätte Rathjusus im ganzen Lande herumgezogen und sich zeigen lassen müssen. Es ist zu begreifen, daß der General den mit ihm beschriebenen Wahnwitz frühzeitig erkannt und einen Zwang hierzu ablehnte. So verlief die für den

Sonnabendabend in Kassel angelegte Wahlversammlung ohne Paraderpferd. Von deutschnationaler Seite wird behauptet, daß General von Rathjusus infolge Krankheit nicht erschienen konnte, obwohl er vorher an die deutschnationale Parteileitung in Kassel eine deutliche Absage erteilt hat. Die „Deutsche Zeitung“ weiß übrigens auch schon, welcher Art die Krankheit ist. Sie spricht in ihrer Sonntagsausgabe von einem „Nervenfall“ als Folge der Verhaftung und des Aufenthaltens in dem Gefängnis in Lille.

Herriot's These.

Paris, 30. November. Ministerpräsident Herriot ist heute vormittags in Begleitung des Unterrichtsministers in St. Die in den Vogesen angekommen. Bei seiner Ankunft machten einige Gegner den Versuch, den Ministerpräsidenten auszusprechen. Diese Kundgebung wurde aber, wie die „Agence Havas“ berichtet, durch die Drohungen der Anhänger des Ministerpräsidenten verhindert. In St. Die besuchte Herriot das Grab Jules Ferry und sagte bei einem Empfang, der ihm zu Ehren gegeben wurde, ich empfehle Ihnen Einzelnheit für den Frieden und die Sicherheit. Es ist eine Verleumdung, zu behaupten, daß wir die Rechte Frankreichs aufgeben, daß wir nicht die gleiche Sorge für die Rechte Frankreichs hätten wie unsere Gegner.

Frankreich kann die Waffen nicht niederlegen, bevor ihm nicht die Sicherheit gewährt wird, auf die es Anspruch hat. Diese These habe ich in Genf zum Siege geführt. Schiedsgericht, Entwaffnung und Sicherheit, auf diese drei Ziele sind meine Augen fortwährend gerichtet. Frankreich kann es sich zur Ehre anrechnen, sich in Genf zu den drei Worten ausgesprochen zu haben, die nicht voneinander getrennt werden können. Frieden im Innern und Frieden nach außen, das ist das schärfste Programm für mich. Das französische Volk darf nur eine Sorge haben, die Einzelnheit.

In Epinal traf Herriot gegen Mittag ein. Kurz darauf wurde ihm zu Ehren in der großen Industriehalle ein Bankett gegeben, an dem 3000 Personen teilnahmen. Nach der „Aber“ sollen auch bei seiner Ankunft in Epinal unvorstellbare Kundgebungen seiner Gegner erfolgt sein.

Bei dem Bankett der republikanischen Partei in Epinal äußerte Ministerpräsident Herriot in einer Rede aus, daß Genie Herrys habe Frankreich gestiftet, sich Achtung in der Welt zu verschaffen. Diese Achtung habe sich 1916 gezeigt, als alle Nationen der Welt eine nach der anderen Frankreich auf den Schlachtfeldern unterworfen, die auf diese Weise Schlachtfelder der Freiheit geworden seien. Er habe das Recht, daran zu erinnern, daß, wenn Elfas im 17. und 18. Jahrhundert eine Grundveste Frankreichs geworden sei, die man Frankreich nicht heute zu erkennen wolle, es inzwischen „freiwillig“ französisch geworden ist. Er arbeite für den Frieden und dafür, daß er der ganzen Welt gegeben werde. Frankreich wolle weder Eroberungen noch Annexionen. Es verlange nur seine Sicherheit. Die Haltung der Welt habe sich gewandelt. Die Aufgabe Frankreichs sei, die Wege zu zeigen, die zur Organisation des Friedens führen. Ein anderer Franzose habe einmal gesagt, ich führe Krieg. Er aber wolle sagen, ich führe Frieden. Das sei die notwendige Vorbereitung für die innere Entwicklung Frankreichs.

Der innerpolitische Vorstoß gegen das Kabinett Herriot.

Paris, 30. November. Die Angriffe des nationalistischen Pariser Abgeordneten Taittinger gegen den Handelsminister Reynaldi wegen der Wahlkorruption der radikalen Partei haben überall großes Aufsehen erregt. Die Demission des Handelsministers gilt als wahrscheinlich, aber darüber hinaus ist das Gesamtkabinett durch die peinliche Affäre stark in Mitleidenschaft gezogen. Das moralische Ansehen der Regierung hat jedenfalls einen Schlag erlitten. Die Möglichkeiten der Angelegenheit zeigen sich auch bereits in den gestrigen Abstimmungen der Kammer, wo die Mehrheit nur 53 Stimmen betrug, während diese Mehrheit sonst noch nie unter 100 Stimmen heruntersank. Es wäre allerdings übertrieben, wenn man aus der Affäre bereits Schlussfolgerungen über einen in Kürze zu erwartenden Sturz Herriot's ableiten wollte.

Warum Sarraill nicht in den Obersten Kriegsrat berufen wurde.

Paris, 30. November. General Sarraill ist, wie gemeldet, zum Oberkommissar in Syrien ernannt worden. General Bégnaud, der frühere Generalstabschef, der bis jetzt auf diesem Posten war, wird nach Paris zurückberufen, um als Mitglied des Obersten Kriegsrates zu wirken. Bégnaud soll für die Abberufung durch das Großkriegsministerium entschädigt werden. Wie mitgeteilt worden ist, hatte die Regierung nach dem Abzug des General Sarraill zum Mitglied des Obersten Kriegsrates zu ernennen, wo durch die Verlegung des Generals Goyan in eine andere Stellung ein Weg frei geworden wäre. Aber die Widerstände einiger militärischer Würdenträger gegen Sarraill scheinen doch so stark gewesen zu sein, daß die Ernennung des radikalen Generals zum Mitglied des Kriegsrates sich nicht durchsetzen ließ. Kriegsminister Klotz hat deshalb die Stelle des Generals Goyan offen gelassen und Sarraill nach Syrien geschickt. Sarraill wurde durch Posten im Juli 1915 als Kommandant der britischen Truppen in den Argonnen abberufen und nach Saloniki geschickt, wo er bis 1917 blieb. Dann kehrte er in Lagnade und wurde von Clemenceau ziemlich rückwärts pensioniert. Sarraill ist ein ausgesprochenes Offizier, aber er ist bereits 68 Jahre alt. Es bestehen deshalb Zweifel, ob er den Anforderungen des Dienstes in Syrien unter den jetzt besonders schwierigen Verhältnissen gewachsen sein wird.

Nachmal's der Einowjewbrief.

Moskau, 30. November. Eine englische Gewerkschaftsdelegation, die sich gegenwärtig in Russland befindet, hat an mehrere englische Blätter ein Telegramm geschickt, das sich mit dem Einowjewbrief befaßt. In dem Telegramm heißt es u. a.: Die Delegation hat sich mit Einowjew über den Brief auseinandergesetzt. Er behält darauf, daß der Brief eine Fälschung darstellt und hat uns zu diesem Zweck Einsicht in eine Reihe vertraulicher Berichte der kommunistischen Internationale gewährt. Die Delegation bringt das Ergebnis dieser genannten Untersuchung mit nach England. Als Resultat ergibt sich, daß die Gewerkschaftsde-

legation von der Unrechtheit des Dokuments voll überzeugt ist, daß kein direkter Gegenbeweis für das Gegenteil erbracht werden kann und die Zurückweisung eines Schiedsgerichts (durch das Foreign Office) hienzu begründet ist. Das Telegramm ist von Bromley, Hinchley, Ben Tillet, Turner, Herbert Smith, Virell und Cranlay unterzeichnet.

Troiti auf der Suche nach einem diplomatischen Posten.

Riga, 29. November. Troiti ist bekanntlich von dem Amte eines Kriegskommissars enthoben worden. Nach seine anderen höheren Ämtern hat er mehr oder minder geeigneten niederlegern müssen. Er bemüht sich jetzt um einen diplomatischen Posten im Auslande.

Abbruch der britisch-russischen Beziehungen?

London, 1. Dezember. Der politische Berichterstatter der „Reinister Gazette“ schreibt, bei der Erwartung, die jetzt von der britischen Regierung an die Sowjetregierung erhoben würde, sei Churchill nachdrücklich dafür eingetreten, daß die diplomatischen Beziehungen mit Russland abgebrochen und Katowaki seine Plätze angefüllt würden. Kisten Chamberlain jedoch wie das ganze Kabinett hätten dem zugestimmt.

Die Engländer Herren der Lage in Chartum.

London, 30. November. Die meuternden sudanesischen Soldaten in Chartum haben nach der ganzen Nacht von Freitag auf Sonnabend Widerstand geleistet. Sie hatten sich in Häuser vergraben und von dort aus die britischen Truppen beschossen. Weder sich waren die Engländer jedoch vollkommen Herr der Lage. In Chartum ist es nach englischen Berichten wieder ruhig.

London, 1. Dezember. Die meuternden sudanesischen Soldaten in Chartum haben nach der ganzen Nacht von Freitag auf Sonnabend Widerstand geleistet. Sie hatten sich in Häuser vergraben und von dort aus die britischen Truppen beschossen. Weder sich waren die Engländer jedoch vollkommen Herr der Lage. In Chartum ist es nach englischen Berichten wieder ruhig.

Amerikas Sympathie für die deutsche „Republik“.

Genf, 30. November. Der Genfer Korrespondent des „Eos“ berichtet, daß in diesen Tagen eine Unterredung mit dem Chef der amerikanischen Delegation auf der Opium-Konferenz, Foxier, der bekanntlich Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus ist. Foxier spielt im politischen Leben Amerikas

phelischem Humor zu Gohde brachte. Hans Wagnerleber nach Gedichten von Waltheide Wessendorf sang Margarete Heyne-Franke mit bestem Ausdruck; aber ihr an sich humorvolles Organ klang manchmal nicht ganz frei. Den deutschen Künstler Richard Wagner zu feiern, warden Friedrich Lindner und Alexia Poffe an das Resepult entsandt. Ersterer sprach „Wieder an Webers letzter Ruhstätte“, worin, gelegentlich der Übersetzung von Webers berühmten Überreden aus England nach Deutschland, der innige und deutschste aller deutschen Komponisten gewandelt wird. Letzterer las ein unter rein literarischem Gesichtspunkt ziemlich uninteressantes Gedicht Richard Wagners: „Dem königlichen Freund“ und die Sage von Wieland dem Schmied in der Wagnerschen Fassung, wobei er nicht unhin konnte, die Schlusssätze mit dem Wielandschen Nachemotiv nach dem Ruff der nachgerade doch schon einmütigen antikernden Fassungsgangheit demonstrativ heranzugreifen (Kausche durch deutsche Wagners). Das ist höchst überflüssig und unzeitgemäß. — Der Mittelpunkt der Vorgesetzten war das „Stegfried-Idyll“, angeführt in der Originalfassung für kleines Orchester (13 Mann). Vermehrte man auch dabei das reiche Stimmgewebe und Naturerben, das aus einem vollen Orchester ist, so bewirkt doch andererseits die einfache Art der Instrumentierung und die vollendete Interpretation dieses einseitigen Kontemporalischen Kunstwerks durch die mitwirkenden Künstler unter Kupfchachs meisterlicher Leitung eine Klarheit der Linienführung und einen schlicht-konigen Gesamtindruck, wie sie vielleicht nur auf diesem Wege zu erzielen sind.

Wortauswahl. In den stimmungsvollen Klängen des Frauenklubs lierte man gestern Dichtungen von Margarete v. Weber und Kompositionen von Natalie v. Ziegler, die im Wesen beide einander verwandt sind. Solche Dinge an die Klären Frauen des Lebens, Empfänglichkeit für die Schönheit der

Natur, geschmackvolle Gestaltung offenbart sich in beiden. Weib sind keine Reutiner, sondern ihr Empfindungsgehalt wird etwa durch die Namen Eigenbrot und Schwann umschrieben. Dieses romantisch-Verdionene paart sich mit einem weltanschaulichen Streben, das dem von Sofar Planklen bis auf den inneren Reiz hin verwandt ist. Am reinsten erklingt bei Margarete v. Weber der Ton in kleinen Stimmgruppen wie „Wollen — Wollen“ oder „Wandere“, zu dem N. v. Ziegler eine recht einflussreiche Betonung gefunden hatte. Für die raren dastigen Vorzüge setzte sich Käthe Pregel mit voller Hingabe ein. Frau Heyne. Offen sang die Wieder mit ihrem wohlwollenden Sopran. Natalie v. Ziegler, unterstützt von Juanita Brodman, spielte und begleitete ihre eigenen Kompositionen, von denen eine „Wajurka“ besonders ansprach. Im ganzen ein wohlgeklungener Abend, der das Schaffen beider Künstlerinnen im besten Licht zeigte. **Heilige Nacht.** Die Weltlichkeit der Erhaltung und Förderung der Kunst in der katholischen Kirche veranlassete am Sonnabend im Vereinslokale die Urkündigung der oberbayerischen Weihnachtslegende „Heilige Nacht“ von Ludwig Thoma, Dicht von M. Koserer unter der Leitung des Kapellmeisters Karl Penzbar. Die Orgelpostre war mit Zuhilfenahme des räumlichen Bodens vertheilt worden. Oben hatten alle musikalischen Mitwirkenden Platz gefunden, während unten an der Lampe, als Einziger im Bau:mittel Alfred Meyer (Staatstheater) sah. Tannenzweige schmückten den neugestalteten Raum, den zwei mächtige, am Schloße in Gipslampen flimmernde Weihnachtskerzen flankierten. Damit war die Stimmung für die Aufführung geschaffen. Das Wort selbst ist etwas breit aufgesponnen; besonders die Abschnitte, die der Erzähler zu sprechen hat, dünken, zum Vorteil des Gesanges, wesentlich gekürzt werden. Nach Art der mittelalterlichen, bis ins erste Jahrhundert zurückgehenden epischen Geste (Mythiken), deren letztes Überbleibsel die Passionsspiele in Süddeutschland und der Schweiz

sind, hat der verheiratete Ludwig Thoma seine Weihnachtslegende „Heilige Nacht“ geschrieben, wovon angezogen durch die Gedichte der Oberbayerischen Passionsspiele. Die Dichtung ist in der Fassung des Hans Sachs gehalten und überträgt „das Wunder von Bethlehem“ auf die oberbayerisch-biederliche Umwelt. Die heilig-naive Art des sprachlichen Ausdruckes in der oberbayerischen Mundart entspricht durchaus dieser Umwelt. Wir erleben die mächtigste Wanderung Maria und Josef von Nazareth nach Bethlehem und ihre Leben in der Stadt, in der für beide kein Ruhort zu finden ist, bis sich endlich vor den Toren ein gutherziger Mann bereit erweist, dem todmüden Paare seinen Stall als Lager zu überlassen. Hier vollzieht sich die Menschwerdung Christi im Strahlenglamme überirdischen Lichts. An diesem Orte kommt der Heiland nach und bloß zu den Armen. Das ist der poetische Sinn dieser oberbayerischen Weihnachtslegende. Die dazugehörige umfangreiche Musik hat der bekannte Münchener Tenor Dr. Mathias Römer für Chor, Ein stimmigen (Cantate), ein Gitarrenvorbespiel und Orgel geschaffen. Er benutzt gleich als Vorbild: und hält rein ästhetisch auf Selbstständigkeit. In der „Nacht“ ist jedoch manches zu kompliziert, die Kontinuität arbeitet vornehmlich mit dem Telemos der „Heiligen Nacht“ in Veränderung, Umkehrung um. Dr. Römer hätte hier manches der vielen, schönen und stimmungsvollen Ravelleer einfließen und damit seiner Begleitmacht, wie auch den Gesangsteilen eine prägnanter, einträglicher, dem Wesen der Dichtung entsprechendere geben können. Was dem aber sei, Kapellmeister Penzbar verstand es, mit dem leitungsstarken Symphoniechor (besonders „Gloria sei Gott“ und „Vollkomme“) und einem ad hoc zusammengeführten Gitarrenorchester (als Paraphrasen) angeordnete Wirkungen zu erzielen. Der Gedanke, auf der Capore nur Kirchenlich zu verwenden, war sicherlich gut, aber infolge der an den Parten entweichenden Klänge ließ die ursprüngliche reine Stimmung der Instrumente allmählich

nach. Die Solisten: Dauen Thum und Doppelmann, Gerzen Kraus und Friedrich, bewährten ihre Kräfteben ganz vorzüglich. Um den Orgelteil machte sich Josef Wagner verdient. Die zahlreich erschienenen Judreischst nahm viel und Aufhebung mit großer Anteilnahme entgegen. Am Schluß wurden die Hauptbeteiligten, besonders Karl Penzbar und der Erzähler Alfred Meyer, der den Dialekt meisterhaft beherrschte, hier und da jedoch die Stimme oftmals sinken ließ, herzlich gefeiert. S. W.

Puccini †.

Vicenzo Tuccini ist, wie ein Telegramm aus Brüssel meldet, in der Nacht, in der er sich einer Kehloperation unterziehen sollte, gegen um 1/2 12 Uhr vormittags an Herzschwäche gestorben. Am Sterbebett weilten seine Tochter Tolen und sein Sohn Antonio. Giacomo Puccini wurde 1858 zu Tucca geboren, erhielt seine Ausbildung am Mailänder Konservatorium und debütierte 1884 mit der Oper „Le Villi“ in Mailand. Seine großen Opern „Boris Godunow“, „La Bohème“, „Tosca“, „Madame Butterfly“ und „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“ machten ihren Siegeszug über die ganze bewohnte Erde. Sein letztes großes Werk „Prinzessin Turandot“ soll demnächst in Wien uraufgeführt werden.

Österreichische Staatsoper. Die heutige Vorstellung „Der Diavolo“ ist die schönste Anrede der Opernreihe. Der Opern-„Ereignis“ (14 Uhr): „Wagner'sche Opernreihe“ in der bekannten Fassung. Die Vorstellung des Opern-„Ereignis“ (14 Uhr): „Wagner'sche Opernreihe“ in der bekannten Fassung. Die Vorstellung des Opern-„Ereignis“ (14 Uhr): „Wagner'sche Opernreihe“ in der bekannten Fassung. Die Vorstellung des Opern-„Ereignis“ (14 Uhr): „Wagner'sche Opernreihe“ in der bekannten Fassung.

Ämtlicher Teil.

Änderung des Gesetzes über die Gerichtskosten.

Vom 28. November 1924.

Auf Grund der Ermächtigung im § 48 Abs. 1 des Gesetzes über die Gerichtskosten in der Fassung des Gesetzes vom 19. Juni 1923 (S. 137) wird der dem Gesetz über die Gerichtskosten angelegte Tarif*) abgeändert wie folgt:

a) Nr. 14 Absatz 1 (S. 137 S. 452) erhält folgende Fassung:
Zugabe der Unterschrift oder des Handzeichens einer oder mehrerer Personen in demselben Betrage bei einem Werte des Gegenstandes bis zu 100000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1/10 v. H.

b) Nr. 15 unter b) (S. 137 S. 452, S. 1918 S. 83) erhält folgende Fassung:
a) In Nr. 17 unter a) (S. 1924 S. 357) werden die Worte „der vollen Gebühr“ ersetzt durch „der halben Gebühr“.

d) In Nr. 46 unter c) (S. 1924 S. 357) wird das Wort „sechs“ ersetzt durch „vier“.

e) Nr. 48 (S. 1923 S. 452, S. 1918 S. 96) erhält folgenden Absatz 2:
Nichtzucht der Zeit des Gegenstandes annehmbar 100000 M., so kann die Gebühr bis auf 1/10 v. H. erhöht werden.

f) In Nr. 62 Absatz 2 (S. 1923 S. 452) wird die Zahl „5000“ durch „10000“ ersetzt.

g) In Nr. 73 (S. 1923 S. 130, 452) werden die Zahlen „3000“ durch „6000“, der Hundertsatz „1“ durch „1/2“ und der Hundertsatz „1/10“ durch „1/20“ ersetzt.

h) Nr. 84 Absatz 1 Halbsatz 2 (S. 1923 S. 452) erhält folgende Fassung:
Die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Verhandlung bis zu 50000 M. einschließlich 1 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1/10 v. H.

i) In Nr. 92 Absatz 1 (S. 1923 S. 452) wird die Gebührensätze „von mehr als 1000 M. bis 5000 M.“ einschließlich 9 M. gestrichlen und auf der letzten Zeile die Zahl „5000“ durch „1000“ ersetzt.

Die unter C der Verordnung vom 20. Dezember 1923 (S. 553) verfügte Erhöhung der Gerichtsgebühren um fünfundsiebzig vom Hundert gilt auch für die Gebühren, die durch diese Verordnung geändert sind.

C.
Gegeben sich im Einzelfalle nach den Vorschriften der Verordnung vom 29. September 1924, S. 543, höhere Beträge, als nach den allgemeinen Kostenvorschriften, so sind diese anzuwenden. 4096

D.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. 1874 I 1/24
Dresden, den 28. November 1924.

Ministerium der Justiz,
Bürger.

*) Bgbe Änderung: 29. September 1924 (S. 543).
**) = Goldmark.

Änderung der Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare.

Vom 28. November 1924.

Auf Grund von § 85 der Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare in der Fassung des Gesetzes vom 26. Mai 1923 (S. 111) wird nach Gehör des Vorstandes der Anwaltskammer bestimmt:

A.
Der der Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare angelegte Tarif in der Fassung der Verordnung vom 5. September 1923 (S. 437 S. 9) wird abgeändert wie folgt:

a) Nr. 1 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

b) Nr. 2 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

c) Nr. 3 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

d) Nr. 4 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

e) Nr. 5 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

f) Nr. 6 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

g) Nr. 7 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

h) Nr. 8 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

i) Nr. 9 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

j) Nr. 10 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

k) Nr. 11 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

l) Nr. 12 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

m) Nr. 13 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

n) Nr. 14 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

o) Nr. 15 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

p) Nr. 16 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

q) Nr. 17 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

r) Nr. 18 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

s) Nr. 19 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Urkunden . . . 2-50 M.**) die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Beurkundung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

von Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

b) Nr. 2 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
Beurkundung der Verhandlung in einer Versammlung . . . 15-50 M. die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Verhandlung bis zu 50000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1 1/2 v. H.

c) Nr. 5 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
Erhebung eines Bescheidprotestes oder eines Schiedsprotokolls vom Betrage der Bescheid- oder Schiedssumme . . . bis 50 M. einchl. 2,50 M., von mehr als 50 M. . . 100 . . . 3,20 . . . 100 . . . 3,80 . . . 200 . . . 5,00 . . . 300 . . . 6,30 . . . 400 . . . 7,50 . . . 500 . . . 8,80 . . . 750 . . . 10,00 . . . 1000 M. noch 1,25 M.

d) Nr. 6 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
Zugabe der Unterschrift oder des Handzeichens einer oder mehrerer Personen in demselben Betrage bei einem Werte des Gegenstandes bis zu 10000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1/10 v. H.

e) In Nr. 17 unter a) (S. 1924 S. 357) werden die Worte „der vollen Gebühr“ ersetzt durch „der halben Gebühr“.

d) In Nr. 46 unter c) (S. 1924 S. 357) wird das Wort „sechs“ ersetzt durch „vier“.

e) Nr. 48 (S. 1923 S. 452, S. 1918 S. 96) erhält folgenden Absatz 2:
Nichtzucht der Zeit des Gegenstandes annehmbar 100000 M., so kann die Gebühr bis auf 1/10 v. H. erhöht werden.

f) In Nr. 62 Absatz 2 (S. 1923 S. 452) wird die Zahl „5000“ durch „10000“ ersetzt.

g) In Nr. 73 (S. 1923 S. 130, 452) werden die Zahlen „3000“ durch „6000“, der Hundertsatz „1“ durch „1/2“ und der Hundertsatz „1/10“ durch „1/20“ ersetzt.

h) Nr. 84 Absatz 1 Halbsatz 2 (S. 1923 S. 452) erhält folgende Fassung:
Die Gebühr kann erhöht werden bei einem Werte des Gegenstandes der Verhandlung bis zu 50000 M. einschließlich 1 v. H., vom Mehrwerte bis zu 100000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 500000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 1000000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 5000000 M. einschließlich 1/10 v. H., vom Mehrwerte bis zu 10000000 M. einschließlich 1/10 v. H.

i) In Nr. 92 Absatz 1 (S. 1923 S. 452) wird die Gebührensätze „von mehr als 1000 M. bis 5000 M.“ einschließlich 9 M. gestrichlen und auf der letzten Zeile die Zahl „5000“ durch „1000“ ersetzt.

Die unter C der Verordnung vom 20. Dezember 1923 (S. 553) verfügte Erhöhung der Gerichtsgebühren um fünfundsiebzig vom Hundert gilt auch für die Gebühren, die durch diese Verordnung geändert sind.

C.
Gegeben sich im Einzelfalle nach den Vorschriften der Verordnung vom 29. September 1924, S. 543, höhere Beträge, als nach den allgemeinen Kostenvorschriften, so sind diese anzuwenden. 4097

Ministerium der Justiz,
Bürger.

*) Bgbe Änderung: 29. September 1924 (S. 543).
**) = Goldmark.

Wahlvorschläge für die Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 im 30. Reichstagswahlkreis Chemnitz-Zwickau.

In den Sitzungen des Reichswahlprüfungsausschusses vom 23. und 27. November 1924 sind die folgenden rechtzeitig eingegangenen 14 Reichswahlvorschläge nach Artikel II der ersten Änderungsverordnung zur Reichswahlordnung vom 3. November 1924 mit Nummer versehen und den gesetzlichen Anforderungen entsprechend in der nachstehenden Form festgelegt worden.

Reichswahlvorschlag 1.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

- 1. Strobel, Heinrich, Schriftf. Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 98.
2. Seydewitz, Max, Redakteur, Zwickau, Alexanderstr. 1a.
3. Ruhn, Bernhard, Amtshauptmann, Chemnitz, Jägerstr. 19.
4. Dr. Levi, Paul, Rechtsanwalt, Berlin W 62, Viktorstr. 37.
5. Städtler, Daniel, Reichskommissar, Berlin-Steglitz, Landsch.-Str. 6a.
6. Claus, Johanna, Ehefrau, Neu-Ordnung, Pfaffenstr. 30.
7. Graupe, Georg, Geschäftsführer, Zwickau, Hohenzollernstr. 40.
8. Kollenbahr, Hermann, Parteisekretär, Berlin-Schöneberg, Feuerstr. 36.
9. Rant, Hermann, Feleg.-Sekretär, Chemnitz, Altenbühner Str. 23.
10. Wieligt, Fritz, Schriftf., Plauen, Geibelstr. 25.
11. Müller, Robert, Berufsschullehrer, Chemnitz, Planitzstr. 4.
12. Getlach, Karl, Formver., Chemnitz, Gohlstr. 105.
13. Uhlig, Kurt, Lehrer, Chemnitz, Würzburger Str. 39.
14. Walter, Paul, Schneider, Chemnitz, Untere Allee Nr. 2 I.

Reichswahlvorschlag 2.
Deutschnationale Volkspartei.

- 1. Quack, Dr. Reinhold, Georg, Geh. Regierungsrat a. D., Berlin, Hohenzollernstr. 1.
2. Dienert, Franz, Obermeister, Chemnitz, Heinrich-Decht. 31.
3. Domisch, Alwin, Gutbesitzer, Großpörschendorf, Amst. Zwickau.
4. Hartmann, Georg, Gewerkschaftssekretär, Dresden-N., Heidestr. 9.
5. Madenacher, Dr. Walter, Bergwerksdirektor, Vorna/Dezig, Röhrenstr. 1.
6. Dieße, Heinrich, Rittergutsbesitzer, Röhrenstr. Amst. Plauen.

Reichswahlvorschlag 3.
Deutsche Zentrumspartei.

- 1. Marx, Wilhelm, Reichsanwalt, Berlin.
2. Kowal, Paul, Gewerkschaftssekretär, Leipzig, Schulstr. 6.
3. Bonath, Barbara, Sekretärin des Caritasverbandes, Dresden, Schloßstr. 32.

Reichswahlvorschlag 4.
Kommunisten.

- 1. Berg, Paul, Werkf., Schloffer Chemnitz, Kochstr. 15 I.
2. Schaeffer, Ernst, Lehrer, Schwarzenberg, Bernsdorfer Str. 19.
3. Roscher, Max, Maurer, Podau (Höhatal) Nr. 110 E.
4. Schreiber, Arthur, Bergarbeiter, Oberwiesinghau 2.
5. Reihner, Max, Gewerkschaftsangeh., Zwickau, Glauchauer Str. 24, II.
6. Reising, Walter, Hausfrau, Zwickau, Hohenheimer Str. 78.
7. Neubert, Alfred, Schlosser, Chemnitz, Seb.-Bachstr. 13, III.
8. Dittmar, Georg, Schuhmacher, Delitzsch i. B., Reichsbader Str. 18.
9. Wildenstrop, Richard, Schlosser, Plauen i. B., Reust. 19 I.
10. Schaeffer, Ernst, Klempner, Schwarzenberg, Alle Dreihe. 4.
11. König, Fritz, Erdarbeiter, Schöndel i. B., Hauptstr. 14.
12. Lange, Max, Bauarbeiter, Zwickau, Bergstr. 1.
13. Jäkel, Paul, Gewerkschaftsangeh., Chemnitz, Reinhardtstr. 2.
14. Ullrich, Max, Stellmacher, Garz, Hauptmannstr. 2.
15. Friedrich, Wilhelm, Maurer, Burgstädt, Chemnitz Str. 15.
16. Bloßberger, Wm, Textilarbeiterin, Chemnitz, Hainstr. 44, III.
17. Heine, Max, Teppichweber, Kötzsch i. B., Kuebcher Oberer Bahn 405.
18. Weigert, Josef, Danziger-Geh., Johann-Georgensplatz, Schwarzenberg Str. 9 B.
19. Schneider, Kurt, Modellschleifer, Chemnitz, Planitzstr. 124, II.
20. Sacher, Georg, Schlosser, Siegmars, Gartenstr. 13.

Reichswahlvorschlag 5.
Deutsche Volkspartei.

- 1. Bräuninghaus, Wm, Konteradmiral a. D., Berlin-Schöneberg, Jannbruder Str. 35.
2. Findeisen, Adolf, Kaufmann, Geschäftsinh., Plauen i. B., Am unteren Bahnhof Nr. 3.
3. Dr. Gelfert, Johannes, Oberb.-Direktor, Professoreng. Zwickau, Carolinstr. 32.
4. Popp, Oswald, Fabrikbesitzer, Reichenau i. B., Am Reuders-Str. 4.
5. Ritsche, Linus, Glasobermeister, Kue i. Erg., Schneiderstr. 24.
6. Giesler-Günter, Gertrud, Dr. med. prakt. Ärztin, Zwickau, Junere Schneiderstr. 19.
7. Anders, Hans, Landgerichtsrat, Chemnitz, Dreihe. 43.
8. Ullmann, Otto, Handlungsgehilfe, Dorfendorf i. Erg., Nr. 14a.
9. Bollstädt, Albin, Gutbesitzer, Zeringhübel b. Zwickau.
10. Bartholomeus, Max, Student, Annaberg i. Erg., Wolfenstr. 2.
11. Müller, Kurt, Vermessungsinspektor, Chemnitz, Dreihe. 20.
12. Dr. Martin, Viktor, Amtsgerichtsrat, Chemnitz, Ohmstr. 30.
13. Heidenfelder, Georg, Klempnermeister, Ehrenfriedersdorf, Chemnitz Str. 24.
14. Baum, Alfred, Volksschullehrer, Brunnhölzen i. B., Kirchstr. 64 H.

15. Spindler, Arthur, Handl. Geh., I. Botz, des D. G. B. Weg. Zwickau, Zwickau i. Sa., Blegelstr. 43.
16. Sträh, Franz, Botz, d. Klein- u. Mittelrentnerverbandes, Ortsgruppe Chemnitz, Chemnitz, Reichenhainer Str. 21.
17. Jentsch, Walter, Kaufmann, Lauterbach b. Marienberg Id.
18. Dr. Draeger, Max, Stad.-Direktor, Chemnitz, Senefelder Str. 11.
19. Illgen, Rudolf, Syndikus, Kue i. Erg., Carolinstr. 15.
20. Spranger, Paul, Eisenbahninspektor, Zwickau, Zwickauer Str. 48.
21. Meißner, Ernestine, Botz, des Chemnitzer Hausfrauenvereins, Chemnitz, Allee Nr. 35.
22. Heinde, Max, Student, Chemnitz, Andrei-Str. 45 II.
23. Jacob, Max, Oberleitungsingenieur, Chemnitz, Würzburger Str. 33.
24. Dr. Reichelt, Walter, Direktor, Charlottenburg, Sauerstr. 21.
25. von Funke, Albert, Oberleutnant a. D., Chemnitz, Logenstr. 18.

Reichswahlvorschlag 6.
National-sozialistische Freiheitsbewegung (Vereingte völkische Liste).

- 1. Feder, Gottfried, Diplom-Ingenieur, München, Sternwartstr. 20.
2. Lippold, Emil, Maschinenf., Schwarzenberg-Neuzeit, Zwickau.
3. Reichelt, Wm, Steuerassistent, Marienberg i. Sa., Schulstr. 3.
4. Ebert, Richard, Gutbesitzer, Langenscheidt.
5. Bad, Oswald, Oberreichmeister, Plauen i. B., Antonstr. 33.
6. Wierheim, Albert, Oekonomieverwalter, Chemnitz, GutsMuth-Str. 24.

Reichswahlvorschlag 7.
Deutsche Demokratische Partei.

- 1. Brodau, Alfred, Richter, Chemnitz, Zwickauer Str. 99, I.
2. Demmering, Dr. Walter, Fabrikbesitzer, Glauchau, Weitenstr. 4.
3. Schreyer, Ida, Stadter., Bez.-Vorl. im Reichsbere. d. Kriegsbere. u. Kriegsinhaber, Annaberg, Dombachstr. 3.
4. Södy, Reinhold, Stadter., Geschäftsinhaber, Jallenseh, GutsMuth-Str. 24.
5. Beger, Walter, Stadter., Lehrer, Plauen i. B., Reust. Str. 72.
6. Grünke, Heinrich, Stadter., Schlosserstr., Zwickau, Konradstr. 5.
7. Schuber, Oswald, Stadter., Oberpostf., Chemnitz Reust. 34, III.
8. Bahner, Johannes, Fabrikbesitzer, Oberlang-Str., Dreihe. 7.
9. Kuchler, Dr. Julius, Bürgermeister, Weyer, Rathstr.
10. Schönherr, Gertrud, Handfrau, Zw. Zau, Sedanstr. 5.
11. Hartmann, Dr. Kurt, Amtsgerichtsrat, Schwarzenberg, Wolfstr. 308a.
12. Reunig, Heinrich, Brauer, Frankenberg, Zwickauer Str. 53.
13. Weichling, Fritz, Kaufmann, Hohenheim-Str., Schöndorfstr. 38.
14. Schwarz, Ernst, Stadter.-Vorsteher, Justizinspektor, Zwickau i. B., Reust. 3, I.
15. Frißche, Alfred, Kaufmann, Kue, Gabelbergstr. 24.
16. Eigner, Siegfried, Gerichtswasser, Stollberg i. Erg., Gartenstr.
17. Bretschneider, Arthur, Lehrer, Chemnitz, Zwickauerstr. 36, II.

Reichswahlvorschlag 8.
Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes.

- 1. Lunde, Ernst, Oberpostsekretär, Reichstagsabgeordn. u. Stadterordn., Chemnitz, Gieseler Str. 19.
2. Goldammer, Wm, Geschäftsinh. f. Handwert. Handel u. Gewerbe, Glauchau, Markt 6.
3. Schreiber, Carl, Schneidermeister, Plauen i. B., Leisingstr. 22, II.
4. Brungen, Bruno, Gutbesitzer u. Privatmann, Reichenhain b. Chemnitz, Rat. Nr. 60 G.
5. Straumer, Reinhold, Kaufmann u. Landwirt, Zwickau, Hohenheimer Str. 16/405.
6. Trostowitz, August, Buchdruckmaschinenmeister, Chemnitz, Zwickauerstr. 3.
7. Unterlein, Max, Oberpostsekretär, Stadterordn. u. Stadterordn., Delitzsch i. B., Reichsbader Str. 74 K/B.
8. Hoffmann, Dr. jur. Wm, Rechtsanwalt und Notar, Stadterordn., Zwickau i. B., Kue Str. 154 E.
9. Weise, Eugen, Ingenieur, 3667, Johannstr. 20.
10. Siegel, Albin, Fabrikant, Stadterordneter, Buchholz/Sa., Rathsbader Str. 20.
11. Wagner, Arno, Steiger, I. Reut. Bürgermeister, Reimhof b. Zwickau, Rat. Nr. 700.
12. Georgi, Rich., Tischlermeister, Cottendorfer i. Erg., Rat. Nr. 117 B.

Reichswahlvorschlag 9.
Deutsche Soziale Partei.

- 1. Behold, Martin, Gewerkschaftsbeamter des Bundes der Bäcker- und Konditorengesellen, Dresden, Menageriestr. 9.
2. Feiler, Friedrich, Schmie der Eisenwarenwerkstätten, Leipzig-N., Margaretenstr. 3.
3. Balda, Ernst, Oberpostsekretär, Langen, Amst. Ramey, Annaberg Dresden Str. 90 C.
4. Seiffarth, Max, Tischlermeister, Dresden, Nicolaistr.

m) auf dem Blatte der Firma Otto Höfer in Plauen, Nr. 4274; Max Otto Höfer ist ausgetreten; Frau Ida Helene berechtigt Höfer geb. Burgmeier in Plauen als Inhaber; sie kostet nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers, es gehen auch nicht die in diesem Betriebe begründeten Forderungen auf sie über; dem Kaufmann Max Otto Höfer in Plauen ist Procura erteilt;

n) auf Blatt 4395 die Firma H. Dieckhoff & Co. in Plauen und weiter, daß Frau Frieda Marie berechtigt Dieckhoff geb. Barth in Plauen und ein Kommanditist die Geschäftsführer sind und die Gesellschaft am 15. November 1924 begonnen hat;

o) auf Blatt 4396 die Firma Schurig & Kierwath in Plauen und weiter, daß der Kaufmann Paul Theodor Schurig in Plauen und der Apotheker Erich Kierwath in Karlsruhe die Geschäftsführer sind und die Gesellschaft am 1. Oktober 1924 begonnen hat;

p) auf Blatt 4397 die Firma Engelbert Heinrich Kirchoff in Plauen und als Inhaber der Kaufmann Engelbert Heinrich Kirchoff daniel. Angegebener Geschäftszweig und Geschäftssitz (zu n): Agentur- und Kommissionsgeschäft, sowie Handel mit Stoffen, Gardinen und Textilwaren, Marktstraße 66; zu o): chem. pharmaz., Dental- und Wärfenfabrik, Viktoriastraße 66; zu p): Betrieb und Verwaltung von technischen Bedarfsartikeln und technischen Diensten, Viktoriastraße 20, 4094

Antisgericht Plauen, 29. Nov. 1924.

Auf Blatt 202 des Handelsregisters, die Firma Krantzold Silber in Lichtenthal betr., ist heute eingetragen worden: Der Inhaber Krantzold Oskar Silber in Lichtenthal ist ausgetreten. Der Hauptmann a. D. Kurt Silber in Lichtenthal ist Inhaber. 4100

Antisgericht Sad Schandau, den 25. November 1924.

Aus Sachsen.

Chemnitz. In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag hatten sich die Mitglieder des Kollegiums n. a. mit einem von bürgerlicher Seite eingebrachten Antrag zu beschäftigen, worin die Herabsetzung der Steuern und Gebühren nach dem Vorbilde des Reiches und der Länder auch von der Stadt gefordert wurde. Zugleich wurde von anderer Seite eine Beschlusse über die jegliche Neubildung der Gemeinde, des Geschäftsbereiches und der Straßenbahn verlangt. Von Ratseite wurde hierauf erwidert, daß eine Herabsetzung der Gas-, Elektri-

Volkswirtschaft und Handel.

Deutsche Werke A. G.

Die Goldumstellung der Deutschen Werke A. G. hat wohl in der Zeit der Goldbilanzen der letzten Tage das größte Interesse erregt. Das ist natürlich, denn die Deutsche Werke A. G. ist eine der größten deutschen Erwerbsgesellschaften; weiter handelt es sich hier um den Verlust, ehemalige Betriebsbetriebe unter häufiger Beteiligung des Reiches für die moderne Warenfabrikation nutzbar zu machen. Wie weit dieses Experiment geglückt ist, kann heute nicht festgestellt werden. Bis vor kurzem verbot die Zahlungsmittel der Inflation die tatsächliche Entwicklung. Deshalb ist es doppelt zu begrüßen, daß die Umstellung auf die feste Mark gewisse Einblicke in den Betriebsbetrieb gibt, dessen Verwaltung durchweg auf privatkapitalistischer Grundlage erfolgt.

In ihrem Memorandum hat die Verwaltung der Deutsche Werke A. G. mit Recht auf die Verantwortung des Unternehmens verwiesen, die sich heute noch lähmend auf die ganze Entwicklung legt. Die Nachkriegsschwierigkeiten in unserer Industrie, veranlaßt Kriegsvorkäufen auf Friedensarbeit umzusetzen, traten bei der Deutsche Werke A. G. doppelt hervor, denn was die Gesellschaft übernahm, waren meist veraltete Betriebsbetriebe. Die schwierige Lösung dieser Aufgabe wurde auch nicht durch die bekannten Eingriffe der Entente erleichtert. Man muß immer im Auge behalten, daß die Zubehöre, die seinerzeit den Deutschen Werken übergeben worden ist, bei ihrer Beschaffung recht beträchtliche Mißverhältnisse dargestellt hat. An Zubehöre hat es also nicht gemangelt. Sie war reichlich in den alten Betriebsbetriebe usw. gegeben. Aber deren Aufbau war selbst bei den modernsten Werken der Betriebsverwaltung nach wesentlich anderen Gesichtspunkten erfolgt als sie der heutigen Fabrikation entsprechen. Teilweise mußte die Verwaltung eine beträchtliche Anzahl von kleinen Räumen und einzelnen Gebäuden niederlegen, weil sie unmodern waren, die Fabrikationsmöglichkeiten hemmten und die Übersicht auf das Ganze störten. Weiter finden sich auch heute noch in den Werken Einrichtungen vor, die man aus äußeren Gründen aufrechterhalten zu müssen glaubt, so z. B. auf der Kieler Werft eine große Reihe von Trockendocks, die früher ihren Zweck wohl erfüllten, heute aber bei dem geringen Verkehr des Kieler Hafens nutzlos sind. Sie können nur zu Neubauten benutzt werden, obwohl Neubauten an einem Dock stets nur ein Schiff sind und doch außerdem große Instandhaltungskosten erfordern. Auch die Heilungsanlagen in der Werft sind durchaus veraltet und warten auf die Modernisierung. Ebenso steht es um die verschiedenen Werkstätten, trotzdem hier bereits starke Änderungen vorgenommen sind. Hier ist ganz entschieden mehr Wert auf die Erzeugung von Qualitätsware zu legen, da die heutige Industrie besonders Qualitätsware verlangt. Als weiterer Mangel wird die Tatsache angesehen, daß die Werke räumlich weit auseinandergezogen liegen, wobei der Umzug, den die Deutsche Werke A. G. heute durch 14 Werke erzielt, von einem normalen Werk der Privatindustrie in einem Gebäudekomplex von der Größenordnung des Spandauer Werkes herangezogen werden könnte.

Das größte Hemmnis liegt unseres Erachtens in dem Raubbau, der mit Anlagen, Maschinen usw. während des Krieges betrieben worden ist. So sieht z. B. die Deutsche Werke A. G. un-

gefahr 45000 Werkzeugmaschinen, die ausnahmslos ersatzbedürftig sind. Außerdem mangelt die fast zurückgebliebene Entwicklung der Fabrikationsmethoden in Deutschland mehr zum Gebrauch von Spezialmaschinen, jedoch auch vorhandene gute Maschinen in letzter Zeit als veraltet angesehen werden müssen. Hier sollen die Deutschen Werke, wenn das Umstellungsexperiment glücken soll, mit bestem Beispiel vorangehen.

Wie vorerwähnt, gerückt man sich bei dieser Modernisierung des Betriebes in fabrikatorischer Hinsicht fast an den von Amerika gewiesenen Weg der Handarbeit (Ford) anzuwenden. Für die Auffassung der Verwaltung sind folgende Punkte ausschlaggebend: Technisch ist ja die Handarbeit in Deutschland sehr viel bestanden worden, doch hat man bisher immer außerordentlich finanzielle Einbuße auf die Kapitalanlage (Sprachnahme und den Kapitalumschlag) leider nicht bei uns genügend beachtet. Unsere Fabrikationsmethoden sind durch einen langen Kurenhalt der Werte in der Werft gekennzeichnet. Wir unterhalten große Rohmaterial-, gefennichtete, und umfangreiche Teillager. Das Material läuft bei uns fast zur Montage zunächst immer von einem Lager in das andere. Das äußere Werkzeuge unserer Maschinenfabrikation zeigt sich darin, daß große Mengen ein und desselben Teiles auf Gehäusen oder Wagen um dieselbe Arbeitsmaschine liegen. Diese Lager binden große Kapitalsummen und lassen nur geringen Kapitalumschlag zu. Die Handarbeit abgeleitete Lager nicht erforderlich und bietet eine wesentliche Erleichterung der Finanzen, die gerade für unsere bedrängte Kapitalanlage eingehend zur Übernahme auf unsere deutschen Verhältnisse geprüft werden mußte.

Der Streit um die Handarbeit ist keineswegs entschieden. Zu ihren Vorteilen treten, besonders was den Arbeiter angeht, gewisse Mängel und Nachteile. Man muß die Erfolge in den Deutschen Werken, deren Verwaltung ihre Fabrikationsmethoden diesen amerikanischen Methoden anpassen will, abwarten.

Der Deutsche Vagewerksbund zählte Ende September noch 25650 Arbeitlose bei 304246 von der Statistik erfassten Mitglieder, am 27. Oktober (dem letzten Jahrestage) aber nur noch 19822 bei 303554 von der Statistik erfassten Mitgliedern. Damit ist im Verhältnis zur Mitgliederzahl die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Deutschen Vagewerksbundes von 8,43 Proz. Ende September auf 6,55 Proz. Ende Oktober gesunken. Die weitens größte Zahl der Arbeitslosen stellen wieder die ungelerten Bauarbeiter. Am stärksten war die Arbeitslosigkeit im Bezirk Hannover mit 15,6 Proz., am schwächsten im Bezirk Hannover mit 0,7 Proz. Über dem Reichsdurchschnitt standen die Bezirke Weiskalen, Thüringen, Baden, Südbayern, Württemberg, Hessen und Rheinland.

Der geringere Beschäftigungsgrad im Vagewerk ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß stets vor Eintritt der kalten Jahreszeit notwendige Reparaturarbeiten ausgeführt und beschleunigt werden, teilweise aber auch darauf, daß der Reu-bau (auch der Wohnungsneubau) sich mehr betreibt hat.

Goldmarkteröffnungsbilanz des Norddeutschen Lloyd. Das Aktienkapital des Unternehmens des Unternehmens, das auf 600 Mill. M. Stammapital und 200 Mill. M. Vorzugsaktien besteht, soll bekanntlich auf 32 Mill. M. Stammapital und 1 Mill. M. Vorzugsaktien umgeändert werden, was die Festlegung des Re-

Tageschronik.

Großfeuer in einer Infanteriekaserne. Regensburg, 29. November. In der Kaserne des 20. Infanterieregiments brach in der vergangenen Nacht in den Abteilungen der Winzermesskompanie ein Großfeuer aus, dessen Bekämpfung außerordentlich schwierig war. Die Flammen griffen auf die Munitionsbestände über, jedoch sich zahlreiche schwere Explosionen ereigneten. Der angrenzende Stadteil stand mehrere Stunden lang in Gefahr. Die Kaserne ist teilweise niedergebrannt. Große Waffen- und Munitionsbestände sind dem Brande zum Opfer gefallen.

Das Feuer verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit von seinem Entstehungsorte aus auf andere Abteilungen. Wertvolle Gegenstände konnten unter diesen Umständen nicht mehr gerettet werden. Die Explosionen folgten einander in kurzen Abständen. Aber die Ursache des Feuers ist bisher nicht festgestellt.

Die Beschuldigungen gegen Herrn v. Lägow.

Köln, 1. Dezember.
Am Sonnabend morgen begab sich eine Untersuchungskommission des Landgerichts I überaus nach Budow, um in dem dortigen Erziehungsheim d. B. jetzt in Haft genommenen Herrn v. Lägow die schweren Beschuldigungen nachzuprüfen, die dem Padajogen zur Last gelegt wurden. Unter den Anwesenden und ehemaligen Zöglingen, von denen einer sich dem Offizialverfahren als Nebenkläger angeschlossen wird, wurden auch zahlreiche Einwohner der Gegend, die beauftragt über Herrn v. Lägow gehört haben. Der Beschuldigte selbst wurde zu dem Termin aus der Untersuchungshaft vorgeführt.

Sturm an der Mittelmeerküste.

Genua, 29. November.
Nach einer kurzen Stille: In der Sturm an der ganzen atlantischen und Mittelmeerküste zu besonderer Heftigkeit anwachsen. In den Häfen wurden alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um nach Möglichkeit Unglücksfälle zu vermeiden.

Schweres Straßenbahnunglück.

Bordeaux, 29. November.
Aus Nizza kommt die Meldung von einem schweren Straßenbahnunglück. In der Nähe von Vence stürzte ein Wagen in einem Abgrund, wobei fünfzehn Fahrgäste schwer verletzt wurden.

Das amerikanische Weihnachtsschiff für Deutschland.

New York, 29. November.
Das Weihnachtsschiff für Deutschland verließ gestern den New Yorker Hafen mit Gaben für bedürftige Kinder und Frauen, vor allem Kleiderstücke und Lebensmittel. Frau Elisabeth Gold mit dem Deutschen Roten Kreuz begleitete die amerikanische Fahrgastin des Schiffes.

Die Dampfer dieses Dienstes werden auf der Ausreise nach New York die Häfen Southampton, Cherbourg und Halifax anlaufen. Auf der Rückreise nach Hamburg sollen Plymouth und Cherbourg angefahren werden.

Effektenbörse in Amerika.

Rach monatlicher Berichterstattung ist im Wallstreet umliebar nach dem Wahlsieg der republikanischen Partei die seit langem erwartete Effektenbörse zum Durchbruch gekommen, die ihren Höhepunkt anscheinend noch immer nicht erreicht hat. Die Umsätze sind von Tag zu Tag stetig und stellen alle früher erreichten Rekorde in den Schatten; das Kursniveau hat seinen Höchststand von 1914 bereits überschritten, die bisher erzielten Kursgewinne bestätigen sich auf mehrere Milliarden Dollars. Verschiedene Mitglieder, die seit Monaten oder Jahren dem Markt ferngeblieben waren, erscheinen wieder regelmäßig in Wallstreet. Die berufsmäßige Spekulation, obwohl in Wallstreet wie am Curia, ist einstweilen auf Hausse eingestellt, eine Käufepartei ist kaum noch vorhanden. Die Favoritenstellung nehmen die Eisenbahngesellschaften ein, die jetzt im Durchschnitt 10 bis 50 % höher bewertet werden als Anfang November. Industriepapiere, von denen American Can und U. S. Steel Common im Vordergrund des Interesses stehen, haben von der Hausse etwas weniger profitiert; denn die Kurssteigerung in diesem Markt fällt relativ in bescheidenen Grenzen. Den geringsten Einfluss hat die feste Tendenz auf Kupfererz ausgeübt, die teilweise, wie Uta Copper, keine Ausbesserung auszuweisen haben. Die Hochfinanz steht den Vorgängen in Wallstreet zurückhaltend gegenüber. Es gilt als erwiesen, daß die großen Häuser in Wallstreet für eigene Rechnung gegenwärtig keine Engagements mehr eingehen, weil sich einen plötzlichen Rückschlag befürchten. Am Geldmarkt ist im Zusammenhang mit der Haussebewegung eine merkliche Verengung eingetreten. Für tägliche Geld wurden in der ersten Monatshälfte vorübergehend bis 3 1/2 % verlangt und geboten, während neuerdings der Satz auf 2 1/2 % zurückgegangen ist. Am Diskontmarkt ist Geld ebenfalls knapper geworden, die Banken liegen 1/4 bis 1/2 % über den früheren Sätzen. Die Großbanken sind zwar noch immer außerordentlich liquid, legen sich aber hauptsächlich bei der Vergabe von Termingeld sichtliche Zurückhaltung auf.

Amerikanische Beträge in Rußland.

Die Gruppe der mit Rußland in Handelsbeziehungen stehenden amerikanischen Firmen wird ihre Tätigkeit einstellen. Die Gesellschaften haben, ähnlich wie viele deutsche Firmen, sämtlich mit einem Defizit abgeschlossen. Alle Verhandlungen mit der Sowjetregierung und den russischen Kapital-Trübsen sollen mit dem 1. Dezember abgebrochen werden.

Produktionsberichte zu Leipzig vom 29. November 1924.

Wägen 202-223, Ragner 204-225, Gabel 175-194, Sommergerichte 240-270, Wintergerichte 215-225, Obst 215 bis 227, Obst 220-230, Wintergerichte 300-320, etc.

Produktionsberichte zu Plauen vom 29. November 1924.

Wägen 202-223, Ragner 204-225, Gabel 175-194, Sommergerichte 240-270, Wintergerichte 215-225, Obst 215 bis 227, Obst 220-230, Wintergerichte 300-320, etc.

Wettertelegraph.

vom 1. Dezember 1924, 8 Uhr morgens.
Preußen: Höhe 110 m. Min.: +2. Max.: +5. Niederschlag: — mm. Temperatur: +3. Wind: OSO 3. Wetter: Bedeckt.
Sachsen: Höhe 246 m. Min.: +1. Max.: +4. Niederschlag: 0,3 mm. Temperatur: +2. Wind: SSO 6. Wetter: Bedeckt.

Leistungsfähige Metallmengen auf:	Notierungen in Mark.		
	1. 12.	1. 11.	28. 11.
Auslieferung 100 Unzen	109,44	109,80	109,23
Barren 100 Unzen	1,500	1,500	1,500
Gold 100 Unzen	20,00	20,00	20,40
Silber 100 Unzen	62,07	62,23	61,94
Platin 100 Unzen	73,51	73,49	62,59
Gold 100 Unzen	112,96	113,14	112,09
Silber 100 Unzen	10,54	10,56	10,52
Platin 100 Unzen	18,25	18,29	18,20
Gold 100 Unzen	10,431	10,479	10,423
Silber 100 Unzen	4,199	4,205	4,19
Platin 100 Unzen	22,71	22,77	22,49
Gold 100 Unzen	80,59	81,19	80,89
Silber 100 Unzen	57,33	57,47	57,26
Platin 100 Unzen	18,48	18,54	18,45
Gold 100 Unzen	1,615	1,622	1,615
Silber 100 Unzen	0,494	0,496	0,492
Platin 100 Unzen	5,912	5,920	5,923
Gold 100 Unzen	12,59	12,63	12,57
Silber 100 Unzen	6,126	6,139	6,129
Platin 100 Unzen	5,623	5,633	5,64
Gold 100 Unzen	3,063	3,068	3,07
Silber 100 Unzen	77,10	77,30	77,11

Antliche Devisenkurse.

Leistungsfähige Metallmengen auf:	Notierungen in Mark.		
	1. 12.	1. 11.	28. 11.
Auslieferung 100 Unzen	109,44	109,80	109,23
Barren 100 Unzen	1,500	1,500	1,500
Gold 100 Unzen	20,00	20,00	20,40
Silber 100 Unzen	62,07	62,23	61,94
Platin 100 Unzen	73,51	73,49	62,59
Gold 100 Unzen	112,96	113,14	112,09
Silber 100 Unzen	10,54	10,56	10,52
Platin 100 Unzen	18,25	18,29	18,20
Gold 100 Unzen	10,431	10,479	10,423
Silber 100 Unzen	4,199	4,205	4,19
Platin 100 Unzen	22,71	22,77	22,49
Gold 100 Unzen	80,59	81,19	80,89
Silber 100 Unzen	57,33	57,47	57,26
Platin 100 Unzen	18,48	18,54	18,45
Gold 100 Unzen	1,615	1,622	1,615
Silber 100 Unzen	0,494	0,496	0,492
Platin 100 Unzen	5,912	5,920	5,923
Gold 100 Unzen	12,59	12,63	12,57
Silber 100 Unzen	6,126	6,139	6,129
Platin 100 Unzen	5,623	5,633	5,64
Gold 100 Unzen	3,063	3,068	3,07
Silber 100 Unzen	77,10	77,30	77,11

Wettertelegraph.

vom 1. Dezember 1924, 8 Uhr morgens.
Preußen: Höhe 110 m. Min.: +2. Max.: +5. Niederschlag: — mm. Temperatur: +3. Wind: OSO 3. Wetter: Bedeckt.
Sachsen: Höhe 246 m. Min.: +1. Max.: +4. Niederschlag: 0,3 mm. Temperatur: +2. Wind: SSO 6. Wetter: Bedeckt.

Leistungsfähige Metallmengen auf:	Notierungen in Mark.		
	1. 12.	1. 11.	28. 11.
Auslieferung 100 Unzen	109,44	109,80	109,23
Barren 100 Unzen	1,500	1,500	1,500
Gold 100 Unzen	20,00	20,00	20,40
Silber 100 Unzen	62,07	62,23	61,94
Platin 100 Unzen	73,51	73,49	62,59
Gold 100 Unzen	112,96	113,14	112,09
Silber 100 Unzen	10,54	10,56	10,52
Platin 100 Unzen	18,25	18,29	18,20
Gold 100 Unzen	10,431	10,479	10,423
Silber 100 Unzen	4,199	4,205	4,19
Platin 100 Unzen	22,71	22,77	22,49
Gold 100 Unzen	80,59	81,19	80,89
Silber 100 Unzen	57,33	57,47	57,26
Platin 100 Unzen	18,48	18,54	18,45
Gold 100 Unzen	1,615	1,622	1,615
Silber 100 Unzen	0,494	0,496	0,492
Platin 100 Unzen	5,912	5,920	5,923
Gold 100 Unzen	12,59	12,63	12,57
Silber 100 Unzen	6,126	6,139	6,129
Platin 100 Unzen	5,623	5,633	5,64
Gold 100 Unzen	3,063	3,068	3,07
Silber 100 Unzen	77,10	77,30	77,11

Wettertelegraph.

vom 1. Dezember 1924, 8 Uhr morgens.
Preußen: Höhe 110 m. Min.: +2. Max.: +5. Niederschlag: — mm. Temperatur: +3. Wind: OSO 3. Wetter: Bedeckt.
Sachsen: Höhe 246 m. Min.: +1. Max.: +4. Niederschlag: 0,3 mm. Temperatur: +2. Wind: SSO 6. Wetter: Bedeckt.

Produktionsberichte zu Leipzig vom 29. November 1924.

Wägen 202-223, Ragner 204-225, Gabel 175-194, Sommergerichte 240-270, Wintergerichte 215-225, Obst 215 bis 227, Obst 220-230, Wintergerichte 300-320, etc.

Produktionsberichte zu Plauen vom 29. November 1924.

Wägen 202-223, Ragner 204-225, Gabel 175-194, Sommergerichte 240-270, Wintergerichte 215-225, Obst 215 bis 227, Obst 220-230, Wintergerichte 300-320, etc.

Wettertelegraph.

vom 1. Dezember 1924, 8 Uhr morgens.
Preußen: Höhe 110 m. Min.: +2. Max.: +5. Niederschlag: — mm. Temperatur: +3. Wind: OSO 3. Wetter: Bedeckt.
Sachsen: Höhe 246 m. Min.: +1. Max.: +4. Niederschlag: 0,3 mm. Temperatur: +2. Wind: SSO 6. Wetter: Bedeckt.

Produktionsberichte zu Leipzig vom 29. November 1924.

Wägen 202-223, Ragner 204-225, Gabel 175-194, Sommergerichte 240-270, Wintergerichte 215-225, Obst 215 bis 227, Obst 220-230, Wintergerichte 300-320, etc.

Produktionsberichte zu Plauen vom 29. November 1924.

Wägen 202-223, Ragner 204-225, Gabel 175-194, Sommergerichte 240-270, Wintergerichte 215-225, Obst 215 bis 227, Obst 220-230, Wintergerichte 300-320, etc.

Wettertelegraph.

vom 1. Dezember 1924, 8 Uhr morgens.
Preußen: Höhe 110 m. Min.: +2. Max.: +5. Niederschlag: — mm. Temperatur: +3. Wind: OSO 3. Wetter: Bedeckt.
Sachsen: Höhe 246 m. Min.: +1. Max.: +4. Niederschlag: 0,3 mm. Temperatur: +2. Wind: SSO 6. Wetter: Bedeckt.

Produktionsberichte zu Leipzig vom 29. November 1924.

Wägen 202-223, Ragner 204-225, Gabel 175-194, Sommergerichte 240-270, Wintergerichte 215-225, Obst 215 bis 227, Obst 220-230, Wintergerichte 300-320, etc.

Produktionsberichte zu Plauen vom 29. November 1924.

Wägen 202-223, Ragner 204-225, Gabel 175-194, Sommergerichte 240-270, Wintergerichte 215-225, Obst 215 bis 227, Obst 220-230, Wintergerichte 300-320, etc.